

Spangenberg Zeitung.

Wochenzeitung für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 1 G. Mk. frei ins Haus, einschließlich der Postgebühren. "Mori und Bild".

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgepaltenen 8 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; auswärts 15 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz-, Datenverweigerung und Beleglieferung aus geschlossen. Zahlungen auf Postkonto Frankfurt am Main Nr. 20771

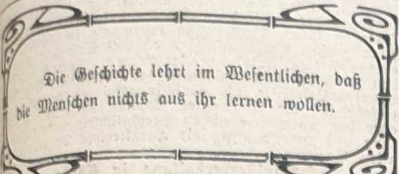
Nachnahmegebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 113

Dienstag, den 28. Oktober 1924

17. Jahrgang.



Die gefestigte Währung.

Die Oktober- und Novembertage rufen die Lebensgeschichte unseres Volkes und seiner Wirtschaft in den letzten Wochen vor einem Jahre nach. Das was uns in diesen Wochen durchschüttelte, das was uns drohte, das was wir aufzulösen, was wir zu bewahren und was wir zu hoffen haben, das alles ist in diesen Wochen in der Geschichte unseres Volkes und seiner Wirtschaft in den letzten Wochen vor einem Jahre nach. Das was uns in diesen Wochen durchschüttelte, das was uns drohte, das was wir aufzulösen, was wir zu bewahren und was wir zu hoffen haben, das alles ist in diesen Wochen in der Geschichte unseres Volkes und seiner Wirtschaft in den letzten Wochen vor einem Jahre nach.

Die andere Seite der Inflation materiell und geistlich zu erleben hat, kann den Fortschritt in unserer Gegenwart nicht mindern; und er kann den Vergleich zwischen 1913 und 1924 richtig ziehen und wird sich herzlich freuen, daß wir eine beständige Wahrung besitzen, die unerlässliche Grundlage jeder wirtschaftlichen Arbeit unter den Frühen. Die Wertbeständigkeit unseres Geldes scheint wirklich erreicht. Das kann man nach menschlichem Ermessen an den Preisern und bange Fragen heute getrost erwarten auf ihre so oft ausgesprochene Befürchtung: "Wird die Mark sich halten?"

Das Vertrauen ist wieder zurückgekehrt. Wir sehen mit jedem Tage in diesem Vertrauen hinein. Ein Beweis dafür ist auch der Abbau eines Teiles der Heilspolizei. Doch den stärksten Ausdruck des Vertrauens und zugleich ein berechtigter Grund für die Dauer der Währungsfindung erblicken wir in dem Abschluß der Reparationsanleihe. Sie bildet die Voraussetzung für das Intrafretzen des Danes-Klames. Sie wurde bereits auf den amerikanischen und europäischen Märkten mehrmals überzeichnet. Das beweist auf dem Gebiete der internationalen Politik die Anerkennung des Sachverständigen-Gutachtens und damit für Deutschland trotz dessen Mängel die Sicherung seiner Währung.

So wollen wir denn heute trotz aller Krisen- und Sorgen uns freuen ob des vorläufigen Erfolges und dem Mut schöpfen für die gewaltige Arbeit, die unser Volk hat. Die Reichsbank wird weiterhin ihr Amt als Hüterin der gefestigten Wahrung ausüben, besonders durch eine vorsichtige Kreditpolitik. Das deutsche Wirtschaftswohl wird seine Bemühungen um eine Verbesserung der Handels- und Zahlungsbilanz mit feischer Kraft fördern, unterstützt von einer zielbaren staatlichen Handelspolitik, aber auch im verdoehelsten Besonderen, Ausführungsüberschüsse zu erzielen. Denn die Wahrung in den Reichs- und Staatsfinanzen und eine gute Wirtschaft sind die sicheren Pfeiler einer starken Währung.

Die Ziele des Kanzlers.

Der dritte Reichsparteitag der Zentrums- und Sozialdemokratischen Partei in Frankfurt a. M. einberufen, wegen der Reichstagswahlen aber nach Berlin verlegt wurde, ist am Montag im Laufe des preußischen Landtags zusammengetreten. Die Verhandlungen waren von Reichskanzler Marx mit einer großartigen Programmarede eröffnet. Er kam dabei hauptsächlich auf die Außenpolitik zu sprechen und dabei u. a. aus:

Unter Ziel
ist klar und unverändert. Unser Weg auf Leben als Nation verlangt ein freies Deutschland, frei von Ketten, frei von militärischer Bevormundung, verlangt ein Großdeutschland, in dem die ganze deutsche Nation vereinigt ist, verlangt ein Deutschland mit Kolonien, damit dieses friedliche Deutschland Absatz- und Austauschgebiete für Rohprodukte und Waren hat, Deutschlands Weltanschauung am Kräfte ist eine Mär. Wir erstreben die

Verwirklichung vom Schuldlosen, weil diese moralische Last, die man zu Unrecht auf unsere Schultern gelegt hat, uns unerträglich erscheint. Hier liegt zu dem Ziel, eine freie Nation zu werden, ist hart und bornenreich. Die Annahme des Waffenstillstandes, des Versailler Vertrages, des Londoner Ultimatum und des Londoner Vertrages sind für uns Stappen auf dem Wege zur Freiheit. Das deutsche Volk geht diesen Weg in bewundernswertem Duldermut, von klugem Verstand geleitet. Das deutsche Volk ist nicht einig über diesen Weg zur endlichen Freiheit. Heiße Herzen schlagen auch in Deutschland, die von heute auf morgen das deutsche Volk frei haben wollen. Es ist weniger Nahe, als die Forderung des Rechts.

Einig ist unser deutsches Volk in dem Ziel endgültiger Freiheit, und einig über diesen Weg zum Ziel, aber die Mehrheit des deutschen Volkes wünscht eine ruhige und friedliche Entwicklung Deutschlands, Europas und der Welt, und so erstrebt diese Mehrheit die Verständigung mit unserem früheren Gegner in der Hoffnung, so nicht nur Deutschland zu befreien, sondern auch die friedliche Entwicklung Europas und der Welt zu sichern.

Der Kanzler kam dann auf die Völkerebene zu sprechen und erklärte, Deutschland sei zu lokaler Mitarbeit im Völkerbunde bereit, auch wenn dem mit dem Versailler Vertrag geschaffenen Völkerbunde noch mangelnde Invollkommenheiten anhaften. Der Gedanke des Völkerbundes sei ein echt christlicher.

Marg über die Volksgemeinschaft.

„Das große Ziel der inneren Politik.“
Auf die innere Politik übergehend, bezeichnete es der Kanzler als seine Pflicht, sich freudig zur Verfassung zu bekennen. Die Idee der Volksgemeinschaft stehe leider auf fast unüberwindlichen Schwierigkeiten und doch liege in dem Streben nach der Volksgemeinschaft die große Aufgabe und das große Ziel der deutschen inneren Politik. Das Zentrum dürfe nicht grundtätlich das politische Zusammengehen mit den Reichsgerichten verweigern, wenn diese nur vorbehaltlos die Verfassung als rechtsverbindlich anerkennen. Es verwerfe aber auch ebenjowenig ein Zusammengehen mit der sozialdemokratischen Partei. Das gemeinsame Erstreben politischer Ziele bedeute nicht irgend welche Aufgaben weltanschaulicher Grundsätze. Die Zentrumspartei will bestrebt sein, gerade die sozial bedrängten Schichten wieder das Gefühl menschlicher und nationaler Wertigkeit zu geben. Ueber der weltanschaulichen und sozialen Gliederung, die allzu leicht auseinanderreißt, stehe der natürliche Wille der deutschen Nation, ein Volk zu sein, ein deutsches Volk zu sein, eine Volksgemeinschaft zu werden.

Der Kanzler kam weiter ausführlich auf die Wirtschaft-, Sozial- und Finanzpolitik zu sprechen. Die deutsche Regierung sei zurzeit bemüht, durch den Abschluß von Handelsverträgen der deutschen Volkswirtschaft die ihr gebührende Stellung in der Weltwirtschaft zu verschaffen. Es sei zurzeit noch stark umstritten, ob der Schutz der nationalen Arbeit am besten durch Schutzzölle oder durch Freihandel mit Finanzzöllen gesichert sei. Die Frage bedürfe für die Zukunft ruhiger, sachlicher Prüfung. Die Regierung sei unter bestimmten Voraussetzungen entschlossen, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren; die jetzige Regelung der Arbeitszeit dürfe nur als Nothbehelf angesehen werden. Die dritte Steuerreformordnung habe die Eigentumsansprüche eines großen Teils des deutschen Volkes vorläufig zurückgestellt. Es müsse eine ernste Sorge bleiben, zu überlegen, ob in ferner Zukunft die Möglichkeit bestehe, diese berechtigten Ansprüche zu befriedigen. Eine ernste Sorge bleibe auch die Wohnungsfrage. Die Steuerfrage müsse in Zukunft gelöst werden. Eine andere Frage sei, ob nicht eine Vereinfachung des Steuersystems und der Steuerverwaltung möglich sei.

Nach einigen Ausführungen über unsere Kulturpolitik schloß der Kanzler: „Noch kämpft das deutsche Volk um seine Wertigkeit im Konzert der Völker. Noch ist sein Staatsgebiet nicht frei von ausländischer

Befragung, nur ist seine Wirtschaft und seine Währung aufs äußerste bedroht. Noch immer handelt es sich um Leben und Sterben des deutschen Volkes, um die Erhaltung der Einheit des Reiches. Die im letzten Jahre beobachtete

Politik der Verständigung, die der Anbahnung vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den übrigen Staaten, auch mit denjenigen, mit denen wir im unglücklichen Weltkriege die Waffen gekreuzt haben, hat unbestreitbare Erfolge erzielt. Es wäre geradezu ein Verbrechen am deutschen Volke, würde dieser Weg verlassen werden. Beim kommenden Wahlkampf muß mit aller Entschiedenheit die Bedeutung der Außenpolitik in den Vordergrund gestellt und eine Zusammensetzung des Reichstages erstrebt werden, die eine Fortsetzung dieser Politik gewährleistet.“

Die Wahlen in Hamburg.

Das Vorbild zur Reichstagswahl.

In Hamburg haben am Sonntag die Wahlen zur Bürgerschaft stattgefunden, die als eine Art Vorbild für die im Dezember stattfindende Reichstagswahl angesehen werden können. Die Wahlbeteiligung war ziemlich flau. Sie betrug nur etwa 65 Prozent.

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis wurden im Stadt- und Landgebiet 534 053 gültige Stimmen abgegeben. Die Demokraten erhielten 70 500 Stimmen, 21 Sitze; die Sozialdemokraten 173 356 Stimmen, 53 Sitze; Mieterbund 7048 Stimmen, 2 Sitze; Deutsche Volkspartei 74 604 Stimmen, 23 Sitze; Wohnungsjugend 3501 Stimmen, 1 Sitz; Nationalsozialisten 13 580 Stimmen, 4 Sitze; Kommunisten 78 657 Stimmen, 24 Sitze, Gewerbetreibende 6798 Stimmen, 2 Sitze, Freier Wirtschaftsbund 2307 Stimmen, keinen Sitz; Zentrum 8494 Stimmen, 2 Sitze; Deutschnationale 90 423 Stimmen, 28 Sitze; Hanseaten 88 Stimmen, keinen Sitz; Grundeigentümer 2842 Stimmen, keinen Sitz; Volkswirtschaftsbund 264 Stimmen, keinen Sitz.

Die alte Bürgerschaft setzte sich aus 69 Sozialdemokraten, 23 Demokraten, 31 Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, 18 Deutschnationalen, 17 Kommunisten und zwei Mitgliedern des Zentrums zusammen. Danach haben bei den Neuwahlen verloren die Demokraten 2 Sitze, die Sozialdemokraten 16 Sitze, die Deutsche Volkspartei 8 Sitze, Gewonnen haben die Deutschnationalen 10 Sitze, die Kommunisten 7 Sitze, die Nationalsozialisten 4 Sitze, während das Zentrum den bisherigen Bestand behauptete.

Im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen ergibt sich allerdings ein anderes Bild. Am 4. Mal wurden abgegeben für die Demokraten 81 514, jetzt 70 500 Stimmen, für die Sozialdemokraten 173 587, jetzt 173 356, für die Deutsche Volkspartei 76 482, jetzt 74 604, für die Deutschnationalen 122 004, jetzt 90 423, für die Kommunisten 114 365, jetzt 78 657, für die Völkischen 37 757, jetzt 13 580 Stimmen. Daraus ergibt sich, daß gegenüber der letzten Reichstagswahl die Deutschnationalen, die Kommunisten und die Völkischen erheblich an Stimmen eingebüßt haben, während die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten ungefähr ihren Bestand behaupten konnten und die Demokraten nur rund 11 000 Stimmen verloren.

Die sozialdemokratisch-demokratische Mehrheit gebrochen.

In der neuen Bürgerschaft werden nach dem bisher vorliegenden Wahlergebnis die Demokraten und Sozialdemokraten nicht mehr über die absolute Mehrheit verfügen. Der bisherige Senat setzte sich aus Demokraten und Sozialdemokraten zusammen. Da zu seinem Weiterbestehen 61 Sitze erforderlich sind, fehlen ihm 7 Sitze, sodaß er als gestärkt anzusehen ist. Voraussichtliche Folge des Wahlausfalls wird der Rücktritt des Senats sein.

Aus der Wahlbewegung.

Die letzte Heerschanze der Parteien.
Der Reichstagswahlkampf ist diesmal sehr rasch in Gana gekommen. Erweitert man die Augen nach der

